81. Jahrgang. Nr. 562 — Sonntag, 29. November 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.20, durch Postbezug RM. 2.20 einschließlich 49,7 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Sachsens 20 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Italienisch-japanische Annäherung

Japan erkennt das italienische Imperium an

Dafür Anerkennung Mandschukuos durch Rom

Rom, 28. November.

Die italienisch-japanischen Verhandlungen haben, wie von maßgebender italienischer Seite verlautet, als erstes Ergebnis zu der Anerkennung des italienischen Imperiums in Ostafrika durch Japan und zur Anerkennung des Mandschukuostaates durch Italien geführt. Eine amtliche Mitteilung erfolgt in den nächsten Tagen.

Horthy hat Rom wieder verlassen

Rom, 28. November.

Reichsverweser v. Horthy hat am Sonnabendvormittag mit seiner Begleitung im Sonderzug die italienische Hauptstadt wieder verlassen. Auf dem festlich geschmückten Bahnhof waren zum Abschied das italienische Herrscherpaar, der italienische Regierungschef und zahlreiche hohe Würdenträger des Hofes und der Staatsverwaltung erschienen. Nachdem Reichsverweser v. Horthy in Begleitung des Königs die Ehrenkompanie unter den Klängen der ungarischen Nationalhymne abgeschritten hatte, verabschiedeten sich die beiden Staatsoberhäupter aufs herzlichste.

Frankreich über den Genfer Vorstoß der spanischen Bolschewisten nicht entzückt

Paris, 28. November.

Der Antrag der spanischen Bolschewisten in Valencia auf Einberufung des Völkerbundsrates zur Prüfung der spanischen Frage wird in Pariser politischen Kreisen mit Unbehagen aufgenommen. Die Presse läßt eindeutig durchblicken, daß der Völkerbund, wenn er diesem Antrag stattgeben sollte, vielleicht eine noch ernstere Prüfung als seinerzeit im ostafrikanischen Konflikt zu bestehen haben werde. Ein praktisches Ergebnis sei kaum zu erwarten. Außenminister Delbos hat, wie „Echo de Paris" mitteilt, am Freitag im Auswärtigen Kammerausschuß darauf hingewiesen, daß die spanischen Bolschewisten von England und Sowjetrußland den Rat erhalten haben, von einem solchen Schritt abzusehen. Hingegen sei die französische Regierung nicht um ihren Rat befragt worden. Der französische Außenminister habe die „Geste" Valencias als zumindest unvorsichtig und unangebracht bezeichnet. Das Blatt ironisiert dann den Genfer Schritt der spanischen Bolschewisten, da ja nicht eine einzelne republikanische Regierung in Spanien bestünde, sondern zum mindesten sieben autonome Regierungen sich die Herrschaft in Spanien streitig machten.

„U 18" geborgen

Montag feierliche Beisetzung der acht Opfer

Kiel, 28. November.

Nach planmäßig verlaufenen Bergungsarbeiten gelang es in der Nacht zum Freitag, das verunglückte U-Boot „U 18" zu heben. Das Unterseeboot wurde in den frühen Morgenstunden des Sonnabends nach Abdichtung des Lecks in Kiel eingeschleppt. Die Särge mit den acht Toten waren bereits am Freitagvormittag auf dem Flottenbegleiter „F 5" an der Scharnhorstbrücke in Kiel eingetroffen und wurden von dort in feierlichem Zuge unter gedämpftem Trommelwirbel zum Garnisonfriedhof übergeführt. Am Montag, dem 30. November, um 14 Uhr, findet dort die feierliche Beisetzung statt. Die Schiffe der Kriegsmarine werden an diesem Tage einfache Flaggentrauer und während der Trauerfeier große Flaggentrauer anlegen.

Die Aufgaben des Vierjahresplanes für das Bauerntum

Staatssekretär Backe vor dem Führerkorps des Reichsnährstandes

Goslar, 27. November.

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herbert Backe, Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung bei dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Göring, sprach am Sonnabend in Goslar auf dem vierten Reichsbauerntag vor dem Führerkorps des Reichsnährstandes. Staatssekretär Backe führte unter anderem aus:

Man hat den Nationalsozialismus schon in den Kampfjahren immer verdächtigt, autarkische Bestrebungen zu haben. Demgegenüber muß mit aller Klarheit herausgestellt werden, daß die Proklamation des Vierjahresplanes nicht einer autarkischen Ideologie entspringt, sondern umgekehrt die Folge der Autarkisierung der anderen Länder ist. Als Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik früherer Regierungen mußten zwangsläufig die Mängel in der Ernährung und Rohstoffversorgung auftreten, die wir heute erleben. Deshalb hat der Führer den neuen Vierjahresplan befohlen. Wenn das Volk in seiner Existenz gesichert werden soll, so müssen die Versäumnisse der letzten hundert Jahre nachgeholt werden. Deutschland tritt wiederum unter die

Gesetze einer geschlossenen Volkswirtschaft.

Damit werden wieder die Grundlagen wirksam, die vor Beginn des Liberalismus für die deutsche Volkswirtschaft maßgebend waren. Diese Grundlagen sind: 1. Mehrerzeugung aus dem heimischen Raum, 2. Vorratswirtschaft und 3. eine neue Haltung des wirtschaftenden Menschen gegenüber der Wirtschaft. Mit diesen drei Aufgabenkomplexen ist der Rahmen des Vierjahresplanes abgesteckt.

In klarer Voraussicht der kommenden Devisensorgen infolge des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft rief bereits im Jahre 1934, als die Reichsregierung auf fast allen Agrargebieten noch mit Ueberflußsorgen zu kämpfen hatte, Reichsbauernführer Darré zur Erzeugungsschlacht auf. So groß die Leistungen in den vergangenen zwei Jahren auch waren, die Rohstoff- und Ernährungslage Deutschlands erfordert zwingend eine noch viel stärkere Leistung. Denn die Ernährung ist im Jahre 1935 erst zu etwa 80 v. H. aus eigener Erzeugung gedeckt. Im Rahmen des Vierjahresplanes muß das Problem, einen wesentlichen Teil der Einfuhr zu ersparen, soweit gelöst werden, wie dies selbst bei zeitweiliger Ueberspannung der Kräfte möglich ist.

Welche Aufgaben stellt nun der Vierjahresplan an das Bauerntum, an die gesamte Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft? Wir können die erforderlichen Maßnahmen wiederum unter die drei Gesichtspunkte stellen:

1. Mehrerzeugung,
2. Vorratswirtschaft und
3. Erziehung zur neuen Haltung.

Die Erzeugungsschlacht muß auf allen Gebieten weitergetrieben werden. Im Rahmen des Vierjahresplanes sind in dieser Richtung

folgende Maßnahmen vorgesehen.

Eine stärkere Aktivierung der Melioration, und zwar nicht allein dem Umfange nach, sondern insbesondere im Hinblick auf einen baldigen Nutzeffekt. Die zweite Maßnahme, die eine gewisse Mehrgewinnung von Land zur Folge hat, ist die Flurbereinigung. Noch 8,7 Mill. Hektar Nutzfläche sind nicht zusammengelegt, wodurch nicht nur Boden durch die vielen Grenzraine verloren geht, sondern der zweckmäßige und rentable Arbeitseinsatz insbesondere durch Maschinen leidet. Eine dritte entscheidende Aufgabe ist die Umwandlung eines Teiles von Wiesen- in Ackerland.

Die zweite Aufgabengruppe innerhalb der Erzeugungsschlacht umfaßt alle Maßnahmen, die auf eine

Steigerung der Erzeugung

abzielen. Als erstes ist die künstliche Düngung noch stärker zu forcieren und noch zweckmäßiger durchzuführen. Die zweite wichtige Aufgabe in dieser Gruppe ist stärkste Ausdehnung des Zwischenfruchtbaues und Bau von Grünfutterbehältern zur Verwertung der anfallenden Grünfuttermassen. Die dritte Aufgabe in dieser Gruppe ist eine bessere Pflege und Ausnützung des Grünlandes. Viertens ist einem verstärkten und zweckentsprechenden Obst- und Gemüsebau entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung mehr Beachtung als bisher zu schenken.

Fortsetzung siehe Seite 2

Deutschlands Vorleistungen

Unsere Gegner in der europäischen Politik werfen uns gerne vor, daß wir die Ruhe und den Frieden des Kontinents stören. Wir sind jederzeit bereit, die Probe auf dieses Exempel zu machen. Beginnen wir bei der abgelaufenen Woche. Sie war reich an den aufregendsten Ereignissen auf dem Felde der internationalen Politik, sie hat negative und positive Tatsachen gebracht. Ist es aber unsere Schuld, daß die positiven Beiträge zum Frieden fast ausschließlich uns zuzuschreiben sind, während die negativen auf das Konto derer zu buchen sind, die uns aus weltanschaulichen Gründen bekämpfen. Da ist beispielsweise der deutsche Beitritt zum U-Boot-Abkommen, der ein Beweis dafür ist, welch großen Wert Deutschland auf ein freundschaftliches Verhältnis gerade auch zu England legt. Denn Großbritannien ist aus begreiflichen Gründen kein Freund des U-Boot-Krieges und am allerwenigsten des unbeschränkten Kaperkrieges gegen Handelsschiffe. Wir sind bereit, das möglichste auf diesem Gebiete zu tun, ja, wir wären sogar zur Abschaffung der U-Bootwaffe bereit gewesen, wenn die anderen Staaten mitgemacht hätten. Vor allem Frankreich ist aber derjenige Staat, den die britische amtliche Politik als ihren besten Freund betrachtet, und der sich trotzdem entschieden weigert, diesem Gedanken auch nur nahezutreten. Und wenn die Humanisierung des U-Bootkrieges immer noch eine schwere Lücke aufweist, so liegt dies einzig daran, daß Sowjetrußland bis zum heutigen Tag noch kein Wort darüber verloren hat, ob es den Beschluß der anderen Seemächte auch nur für begrüßenswert erachtet. Ueber Deutschlands Stellungnahme zugunsten der Annahme des Abkommens war vom ersten Tage an kein Zweifel. Dagegen ist die hartnäckige Weigerung der Moskauer Machthaber um so bemerkenswerter, weil sie überdies über eine U-Bootflotte verfügen, deren wahre Größe keinem anderen Staate wirklich bekannt ist. Man weiß nur, daß die Unterseebootwaffe bei den Sowjets berufen ist, eine Hauptrolle zu spielen, und zwar in allen drei in Frage kommenden Meeren, im Stillen Ozean, im Schwarzen Meer und in der Ostsee. Nicht erst seit gestern und heute, sondern seit vielen Jahren ist der stärksten Vermehrung roter U-Boote die besondere Aufmerksamkeit der Bolschewisten gewidmet.

So empfindlich England sonst in der Frage des U-Bootkrieges zu sein pflegt, so wenig hat es sich bisher über die negative Haltung Sowjetrußlands beunruhigt. Ein neuer Beweis dafür, daß die führenden Staatsmänner in London nach wie vor — mögen in Spanien die Sowjettruppen auch bereits regimenterweise gegen die europäische Kultur kämpfen — im Bolschewismus einen nationalrussischen Faktor sehen, den man im politischen Spiel einsetzen und verwenden kann wie jede andere Macht, die den Londoner Interessen nicht gefährlich werden kann. Deshalb auch die geradezu grotesken Mißverständnisse, als Deutschland seinen zweiten großen Friedensbeitrag in Gestalt des Abkommens mit Japan gegen die kommunistische Internationale unterzeichnete. Man hatte ja schon Tage vorher in London über das geplante Abkommen einiges munkeln hören und darauf recht voreilig ganz falsche Ansichten von einem geplanten Bündnis begründet. Selbst so ruhige Blätter, wie die halbamtliche „Times", gerieten in lebhafte Erregung. Und der „schlimmste" Vorwurf, den man gegen Deutschland bezeichnenderweise erhob, war derjenige, daß wir durch unser Abkommen die Verständigung Englands mit Japan erschwert, also uns etwas angemaßt hätten, was den Briten persönlich zukomme.

Unterdessen hat man nach der Veröffentlichung des Abkommens selbst einsehen müssen, daß man in seinen Verdächtigungen viel zu weit gegangen ist, und hat deshalb vorsichtigerweise um einige Pflöcke zurückgesteckt. Freilich, es ist immer schwer, sich selbst berichtigen zu müssen, und deshalb schon will man die Notwendigkeit eines weltanschau-

Heute Beilage:

Die Frau und ihre Welt